

Haushaltsrede 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute entscheiden wir über einen Haushalt für das Jahr 2022, welcher einen Jahresfehlbetrag von rd. 4,1 Mio. EUR ausweist. Wir entscheiden über einen Haushalt, der so gerade die Kriterien der Haushaltssicherung erfüllt und wir entscheiden über einen Haushalt, der die höchsten Hebesätze bei den Grundsteuern ausweist, die wir in Hennef jemals hatten. Wir entscheiden über einen Haushalt, der Investitionen von rd. 24 Mio. EUR berücksichtigt. Wir entscheiden also über einen Haushalt, der wieder komplex und schwierig ist, der nur durch die Erhöhung der Steuerhebesätze genehmigungsfähig sein wird und der trotzdem erforderliche Investitionen in den unterschiedlichsten Bereichen vorsieht.

Grundlage für die Haushaltsberatungen unserer Fraktion war allerdings der von Ihnen, Herr Bürgermeister, eingebrachte Haushaltsentwurf. Und der sah ja noch in Teilen ganz anders aus. Der Fehlbetrag lag bei rd. 6 Mio. EUR, einige wichtige Investitionen waren nicht berücksichtigt und die Personalaufwendungen basierten auf einem Stellenplan 2022, der so ohne weiteres nicht tragfähig war.

Zudem hat es uns etwas verwundert, dass Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Einbringungsrede die Ratsmehrheit vor einer „bequemen Realitätsverweigerung“ oder vor „hochgelagerten Scharmützeln“ warnten. Es wäre viel zielführender gewesen, wenn Sie Ihrerseits das offene Gespräch gesucht hätten. Tatsache aber vielmals ist, dass CDU, FDP und die Unabhängigen

nach ihren Beratungen und Abstimmungsgesprächen auf Sie zugekommen sind. Wir haben Ihnen und Frau Meyer bereits vor dem Beginn der Beratungen im Hauptausschuss unsere wesentlichen Positionen zu einzelnen Budgets erläutert, Veränderungen und Anpassungen eingefordert und Ihnen dies in einem 10-Punkte Papier auch zur internen Diskussion im Rathaus und in der SPD-Fraktion mitgegeben. Offener kann ein Austausch vor Beginn sämtlicher Beratungen kaum noch sein.

Aber was bedeutet dies alles denn nun im Einzelnen und lassen Sie mich mit dem Schulbudget beginnen.

Sie, Herr Bürgermeister, haben noch im März dieses Jahres im Rat verkündet, dass die räumliche Erweiterung der OGS an der Wehrstraße durch entsprechende Fördermittel gesichert sei. Der Ergänzungsbau sollte kommen. Im Herbst wurde der dringend erforderliche Ergänzungsbau von Seiten der Verwaltung dann beerdigt. Eine halbe Seite im Schulausschuss reichte hierfür aus. CDU, FDP und die Unabhängigen haben daraufhin die Einstellung der notwendigen Mittel in den Haushalt und die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme beantragt. Dies wurde dann auch im Schulausschuss so beschlossen. Die SPD-Fraktion hat diesem Antrag übrigens nicht zugestimmt. Die Mittel finden sich aufgrund der Initiative des Mehrheitsbündnisses nunmehr im vorliegenden Haushalt 2022. Auf das intensiv diskutierte Thema der mobilen Lüfter in den Schulen möchte ich nicht weiter eingehen. Es wurde seit Beginn der Diskussion an verschiedensten Stellen debattiert, Mustergeräte ausprobiert, vorgeführt und bewertet, vergaberechtliche Aspekte angeführt und letztendlich so viel Zeit ins Land verstreichen lassen, dass wir auskunftsgemäß bei einer europaweiten Ausschreibung die mobilen Lüfter erst im Sommer 2022 erhalten würden. Bis dahin wird sich vermutlich das Corona-Geschehen weiter verändert und die Impfung von Kindern fortgeschritten sein. Wir werden die Entwicklungen im Auge behalten und falls erforderlich wieder im Sinne des Schutzes der Kinder reagieren müssen.

Ein ganz anderes grundsätzliches Thema stellt sich im Bereich der Entwicklung von weiteren Bebauungsplänen dar. Die Frage, wie schnell Hennef noch wo und in welchem Maße wachsen soll, haben wir in der Vergangenheit immer wieder diskutiert. Dabei ist es dann aber auch geblieben. Und genau diese Diskussion möchten wir nun wieder anstoßen. Es kann nicht richtig sein, dass wir größere neue Baugebiete planen, Fachbüros beauftragen und entsprechende Beschlüsse im Fachausschuss fassen, ohne vorher das Investitionsvolumen für die zu errichtende Infrastruktur zu kennen. Hier müssen wir unsere bisherige Vorgehensweise nachjustieren. Am Beispiel des Bebauungsplanes Uckerath Süd wird dies in besonderem Maße deutlich. Wie aus dem Rathaus zu erfahren war, rechnet man mit Infrastrukturkosten von

bis zu 10 Mio. EUR. Neben einer sehr teuren Entsorgung wäre zum Beispiel ein neuer viergruppiger Kindergarten zu errichten. Die gesamte soziale und verkehrliche Infrastruktur und die Ver- und Entsorgung müssten geplant und realisiert werden. Wir müssen unseres Erachtens einen Gang rausnehmen und neue Baugebiete zunächst dort planen, wo die Infrastruktur vorhanden ist. Zumindest müssen wir in Zukunft vorher eine Einschätzung aus dem Rathaus erhalten, welche Infrastrukturmaßnahmen und Infrastrukturkosten bei der Umsetzung eines Baugebietes auf die Stadt zukommen. Und dann werden wir im Einzelfall entscheiden, wie mit diesen Informationen umzugehen ist. Wir werden auch weiterhin unsere Stadt weiterentwickeln und eine intelligente Baulandentwicklung begleiten. Die Diskussion hierüber haben wir gemeinsam in den Fachausschuss verwiesen.

Und zu dieser Diskussion gehört aber auch unsere Forderung, speziell in Geistingen eine Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Es werden an verschiedensten Stellen in Geistingen Neubaugebiete oder Nachverdichtungen geplant. Es ist für CDU, FDP und die Unabhängigen wichtig, dass zunächst die verkehrliche Leistungsfähigkeit der Straßen und Kreuzungsbereiche überprüft werden, bevor man solche Baumaßnahmen genehmigt. Bisher wurden die verkehrlichen Auswirkungen solcher Bebauungen im Nachhinein gewürdigt und der Mangel verwaltet. Auch hier sollte die Reihenfolge eine andere sein. Die Verkehrsplanungen für Geistingen wurden entsprechend nachetatisiert.

Eines der wichtigsten Projekte in der nahen Zukunft wird das Mobilitätskonzept sein. Die CDU hatte Mitte 2019 einen entsprechenden Antrag gestellt, der dann im Planungsausschuss beschlossen wurde. Im Doppelhaushalt 2020/2021 wurden erstmalig Mittel bereitgestellt. In 2022 und 2023 ist die Finanzierung ebenfalls gesichert. Nun haben wir vor ca. 6 Monaten endlich ein Planungsbüro beauftragt, dieses Konzept zu erarbeiten. Dabei haben wir alle gemeinsam entschieden, dass alle Bereiche der Mobilität ergebnisoffen betrachtet werden sollen. Einen Zwischenstand kennen wir noch nicht und die Informationen an die Politik, also an uns alle, fehlen bisher gänzlich. Geplant sind zwei Präsentationen im Mobilitätsausschuss und dann soll bereits das Ergebnis mit den jeweiligen Maßnahmen beschlossen werden. Das Thema der nachhaltigen Mobilität in unserer Stadt ist zu wichtig, um dieses so kurz und knapp zu diskutieren. Das Projekt „autofreier Schulcampus“ wurde in diesem Herbst nach einer ersten knappen Präsentation vor geraumer Zeit ausführlicher im Planungsausschuss behandelt, obwohl das Projekt bereits auf Basis eines CDU-Antrages in 2019 gestartet ist. Um sicherzustellen, dass wir zu jeder Zeit alle Informationen über den Bearbeitungsstand des gesamtstädtischen Mobilitätskonzeptes erhalten, haben wir die Einrichtung eines entsprechenden Projektbeirates beantragt und mehrheitlich beschlossen.

Aber damit ist es ja nicht getan. Wir hoffen, dass wir in 2022 endlich in die inhaltliche Diskussion einsteigen. Wir wollen gemeinsam mit den Henneferinnen und Hennefern ein nachhaltiges Mobilitätskonzept erarbeiten. Es müssen neue und interessante Wege aufgezeigt werden, wie man die Mobilität auf den Dörfern und in der Stadt verändern und verbessern kann. Dabei darf man kreativ und innovativ sein. Trotzdem muss ein solches Konzept auch realistisch und umsetzbar werden.

Am Beispiel des autofreien Schulcampus konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Planungswerkstätten erleben, wie unterschiedlich die Meinungen, Anforderungen und Bedürfnisse eines jeden sind. Auch wenn man nicht alle Betroffenen zufrieden stellen wird, so sollte doch ein möglichst großer gemeinsamer Konsens bei der Umsetzung des autofreien Schulcampus erreicht werden. Die CDU hatte noch im Frühjahr 2020 eine Verkehrsuntersuchung in dem Bereich des Campus beantragt, da die verkehrlichen Konzepte die meisten Fragen aufgeworfen haben. Einen Verkehrsversuch haben wir zwischenzeitlich beschlossen und die Mittel im Haushalt vorgesehen. Wir wünschen uns, dass die Ergebnisse des Versuches frühzeitig mit den Anwohnern und den Schulen diskutiert werden.

Aber zum Thema Mobilität gehört auch die Radstation, die ja am Bahnhof errichtet werden soll. Dass nach den ersten Beschlussfassungen im Planungsausschuss plötzlich diese Beschlüsse nicht mehr umgesetzt werden sollten und man lediglich eine eingehauste Fahrradabstellanlage auf dem Le Pecq Platz errichten wollte, ist schon eine Frechheit. Dafür hätte man rechts und links neben dem Platz genug Fläche finden können. Zielführend hingegen war die Reaktion der Mehrheit im Planungsausschuss. Der Vorschlag der Verwaltung wurde abgelehnt und beschlossen, dass eine ordentliche Radstation mit Servicestation auch in Varianten geplant und diese dem Ausschuss wieder zur Beratung vorgelegt werden soll. Herr Bürgermeister, Sie kündigen medienwirksam eine Radstation an und dann schlagen Sie etwas anderes vor. Da dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn die Reaktionen der Fraktionen im Fachausschuss auch etwas deutlicher ausfallen.

Meine Damen und Herren, im Sommer hat ein Starkregenereignis Teile von Hennef heimgesucht. Viele Menschen waren betroffen und benötigten Hilfe. Die Spendenbereitschaft war groß, aber die Beseitigung der Schäden bedeutet für die Betroffenen schon eine besondere Kraftanstrengung. Als Folge dieses Ereignisses haben wir uns erstmalig mit Klimaanpassungsstrategien und deren Umsetzung beschäftigt. Die Beträge, die hierfür im Haushalt eingestellt sind, sind allerdings überschaubar. Wir werden uns in Zukunft noch intensiver mit Themen des Klimaschutzes beschäftigen müssen. Im Haushalt sind hier Mittel von TEUR 100 jährlich berücksichtigt. Ob dies aber für die Umsetzung von

Klimaschutzmaßnahmen ausreicht, scheint uns eher fraglich. Wir möchten die Diskussion über konkrete Klimaschutzaspekte in unserer Stadt mit einem Update des bestehenden Klimaschutzkonzeptes aus 2015/2016 auf einen neuen aktuellen Stand bringen. Die Diskussion über den Klimaschutz ist in den letzten Jahren deutlich intensiviert worden, die Schwerpunktsetzungen haben sich geändert, die Förderlandschaften haben sich angepasst und eine vernetzte Betrachtung des Klimaschutzes z.B. mit Fragen der Mobilität haben an Bedeutung gewonnen. Aufgrund dessen wurde auf Antrag von CDU, FDP und Unabhängigen die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes ab 2023 beschlossen und Mittel in den Haushalt eingestellt. Keine Mittel finden wir für die klimaneutrale Sanierung der Fassaden, der Fenster und der Klima- und Heiztechnik des Gymnasiums. Die Sanierung ist notwendig und von der Verwaltung bereits vor Jahren thematisiert worden. Wir werden hier ein Umsetzungskonzept einfordern. Dies wäre eine konkrete Maßnahme, die dem Klimaschutz Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren, die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Stadt Blankenberg ist ein wesentlicher Baustein in diesem Haushalt. In vielen intensiven Dorfausschusssitzungen, in Arbeits- und Diskussionsrunden wurden Ideen und Maßnahmen erarbeitet, die umsetzbar, innovativ und notwendig sind. Um vor allem die SPD-Fraktion auf den richtigen Informationsstand zu bringen, sah sich der Bürgermeister genötigt, einen Projektbeirat zu gründen. Das war auch durchaus die richtige Entscheidung, denn letztendlich konnte auch die SPD-Fraktion angesichts der Förderungen von Bund und Land und der Bedeutung des Gesamtkonzeptes für die Stadt und für Stadt Blankenberg den Beschlussvorschlägen im Ausschuss und im Rat zustimmen. Dies war die richtige und eine wichtige Entscheidung.

Ebenso werden wir heute in dieser Ratssitzung voraussichtlich beschließen, dass es auf absehbare Zeit kein neues Freizeitbad in Hennef geben wird. Alle wünschen sich ein solches Bad, welches am besten vollständig durch Fördermittel finanziert, die Folgekosten durch Einnahmen gedeckt oder vollständig durch einen Privatinvestor realisiert wird. Das Mehrheitsbündnis brachte einen entsprechenden Prüfantrag auf den Weg. Die SPD allerdings hatte bereits im Kommunalwahlkampf den Weg zur Realisierung eines Freizeitbades beschrieben und es wurden sehr konkrete Schritte avisiert. Zunächst sollten die Planungen vorangetrieben und die Fördermittel abgerufen werden und dann sollten die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob die Stadt die Folgekosten tragen soll. Es wurde suggeriert, dass es mit der SPD ein neues Freizeitbad geben wird. So nachzulesen auf deren Internet-Seite. Davon will aber nun der Bürgermeister nichts mehr von wissen. Er sagte ja noch in der

Hauptausschusssitzung, dass er das so nicht gemeint hätte. Ein Schelm der Böses dabei denkt. Fakt ist, dass wir die bestehende Bäderlandschaft sanieren und in Schuss bringen und mit einem Wasserflächenmanagement besser nutzen wollen. Im Sportstättenleitplan steht allerdings noch ein neues Lehrschwimmbecken und das wird auch so bleiben. Aber dass ein Fachbüro überraschenderweise festgestellt hat, dass sich bei den bestehenden Freizeitbädern in der Nachbarschaft ein städtisches Bad nicht rechnet und auch keine Privatinvestoren zu finden sein werden, war eigentlich vorher schon klar. Aber sei es wie es ist. Im Ergebnis wird es ein solches Bad nicht geben. Somit sind natürlich auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung keine Mittel eingestellt.

Ein wesentlicher Aufwandsposten sind die Personalkosten. Und somit ist eine kritische Betrachtung dieser Personalaufwendungen erneut zwingend geboten. Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Leichtigkeit Sie, Herr Bürgermeister, einen Stellenplan vorlegen, der schon wieder eine deutliche Steigerung des Personalbestandes vorsieht. Der Stellenplan 2021 sah 60 neue Stellen vor. Für 2022 sollten es nochmals 40 neue Stellen sein. Sie haben also in zwei Jahren die Erhöhung des Personalbestandes von rd. 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 2020 auf nunmehr über 700 Stellen vorgeschlagen. Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend und so auch noch nie dagewesen. Dass Sie bei unserem gemeinsamen Gespräch zu den Themen Personalaufwand und Stellenplan nur mit den Schultern zuckten und meinten, dass man da wohl nicht so viel machen könne, ist erstaunlich. CDU, FDP und die Unabhängigen haben sehr deutlich gemacht, dass wir hier von Ihnen ein deutliches Zeichen sehen wollen. Wir haben klar gefordert, dass der Stellenplan überarbeitet werden soll. Wir haben Sie aufgefordert, kritisch mit den neuen Stellen umzugehen und Ihnen dabei freie Hand gelassen. Nicht wir haben im Personalausschuss Stellen gestrichen, wir haben Ihnen diese Aufgabe anvertraut. Wir sind vor allem den Beigeordneten und den einbezogenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich dieser Aufgabe angenommen haben, sehr dankbar. Denn dem Personalausschuss wurden Einsparungen von rd. 410 TEUR und eine deutlich aussagekräftigere Dokumentation vorgelegt, wonach die anderen neuen Stellen notwendig erscheinen. Damit stimmt zumindest die Richtung.

Bisher noch gar nicht bearbeitet wurde unser Antrag auf Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes und einer mittelfristigen Personalbestandsplanung. Es kann in Zukunft nicht mehr so sein, dass Sie die Anzahl der Stellen nach oben treiben und zur Finanzierung der permanent steigenden Personalkosten auf die Umsetzung wichtiger Maßnahmen verzichten oder Steuern und Gebühren erhöhen. Der Haushalt sieht zum Beispiel

den Anstieg des Grundsteuer B Hebesatzes von 640 % auf nunmehr 785 % vor. In Ihrer Einbringungsrede, Herr Bürgermeister, suggerierten Sie mit einem kleinen Rechenbeispiel, dass die Erhöhung eigentlich nicht so relevant sei. Wir sehen dies anders. Sie machen damit das Wohnen in Hennef noch ein wenig teurer. Und für 2025 war sogar ein Grundsteuer B Hebesatz von 880 % geplant. Zumindest dieser konnte mit den von uns initiierten Personalkostensenkungen auf 855% reduziert werden. Nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein. Aber immerhin.

Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede ausgeführt, dass Ihre Vorgänger in Sachen Kommunalfinanzen ihre Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Damit meinen Sie sicherlich Herrn Kreuzberg und Herrn Pipke. Ich hoffe nur, dass unsere Kämmerin Frau Weber sich nicht auch noch angesprochen fühlte. Aber Sie haben uns mit dieser Äußerung ja deutlich gemacht, dass Sie Ihre Hausaufgaben in Sachen Haushalt machen werden. Das begrüßen wir außerordentlich und freuen uns schon auf Ihre Ideen und Vorschläge. Bei diesem Haushalt sind Sie sich aber zweifellos noch nicht gerecht geworden. Ein hoher Fehlbetrag, Steuersätze auf einem Maximum, die höchsten Personalkosten seit Haushaltsaufstellung, noch nicht berücksichtigte Investitionen für den Schulcampus bis 2025, geringe Mittel für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, usw. usw.. Richtig ist sicherlich Ihre Initiative, Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten und im Rahmen einer sogenannten „Aufgabenkritik“ die Leistungen und Handlungsfelder der Stadtverwaltung zu überprüfen und Einsparpotentiale zu ermitteln. Die Einrichtung einer Kommission, die dieses mit erarbeiten sollte, haben wir abgelehnt. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich dieser Aufgabe annehmen. Als Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen sind wir ehrenamtlich tätig. Sie allerdings haben den gesamten Verwaltungsapparat zur Verfügung, um genau diese Konsolidierungsmaßnahmen zu ermitteln. Und wenn Sie am besten bis Mai 2022 dem Haupt- und Finanzausschuss das Maßnahmenpaket präsentieren, können wir alle gemeinsam dieses auch öffentlich vor dem nächsten Haushalt diskutieren und ggf. auf den Weg bringen. Wir machen bei diesen Diskussionen sachgerecht und zielführend mit. Aber dafür müssen Sie ihre Ideen vorlegen.

Herr Bürgermeister, da Sie letztendlich konstruktiv nahezu alle haushaltsrelevanten Themen aus unserem Gespräch aufgenommen und berücksichtigt haben und wir hoffen, dass Sie in den kommenden Jahren nicht immer weiter an der Gebühren- und Steuerschraube drehen, sondern wirksame Konsolidierungsmaßnahmen vorlegen, wird die CDU-Fraktion dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

Unser Dank geht an die Kämmerei, die unter Leitung von Frau Weber wieder einmal diesen Haushalt mit viel Fleiß und natürlich großer Sachkenntnis aufgestellt hat. Natürlich danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die wieder mit großem Einsatz für unsere Stadt tätig waren. Ich danke der Presse für die meist aufschlussreiche Berichterstattung. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für Hennef.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hennef, den 13.12.2021